



Demografiertypisierung 2020

Typ 4: Stabile Städte und Gemeinden
in ländlichen Regionen

Inhalt

Informationen zur Typisierung	3
1 Räumliche Einordnung	5
2 Charakteristika	6
3 Herausforderungen	9
4 Potenziale und Handlungsansätze	11
5 Indikatorenerläuterung	15

Kontakt

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Programm LebensWerte Kommune
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de | www.wegweiser-kommune.de

Informationen zur Typisierung

Die Typisierung 2020 wurde von der Faktor Familie GmbH auf der Grundlage des Datenportals Wegweiser Kommune gerechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2018, Gebietsstand der 1. Januar 2019.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demografischer Indikatoren analysiert und zu den drei Faktoren „Demografie“, „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ und „Sozioökonomie“ aggregiert. Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 3.000 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohner:innen zu insgesamt elf Demografietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analysen und Beschreibungen der Handlungsansätze bauen auf den bisherigen Typisierungen auf, die 2017 von der Faktor Familie GmbH sowie vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experteninterviews entwickelt wurden. Die hier vorgestellten Handlungsansätze stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar, können die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune und spezifische, lokale Strategien aber nicht ersetzen.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Die Typisierung ist zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem noch nicht klar war, welche Auswirkungen die Coronapandemie mittel- und langfristig auf kommunales Handeln hat. Dies betrifft nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum, sondern viele Handlungsfelder, wie Mobilität oder digitale Infrastrukturen. Die Frage, ob und wie sich unser Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch die Pandemie verändern wird, ist noch offen und konnte daher bei dieser Typisierung noch nicht berücksichtigt werden.

[Demografietypisierung – Methodische Erläuterungen](#)

[Demografietypisierung im Wegweiser Kommune](#)

Demografietyp 4

Stabile Städte und Gemeinden in ländlichen Regionen

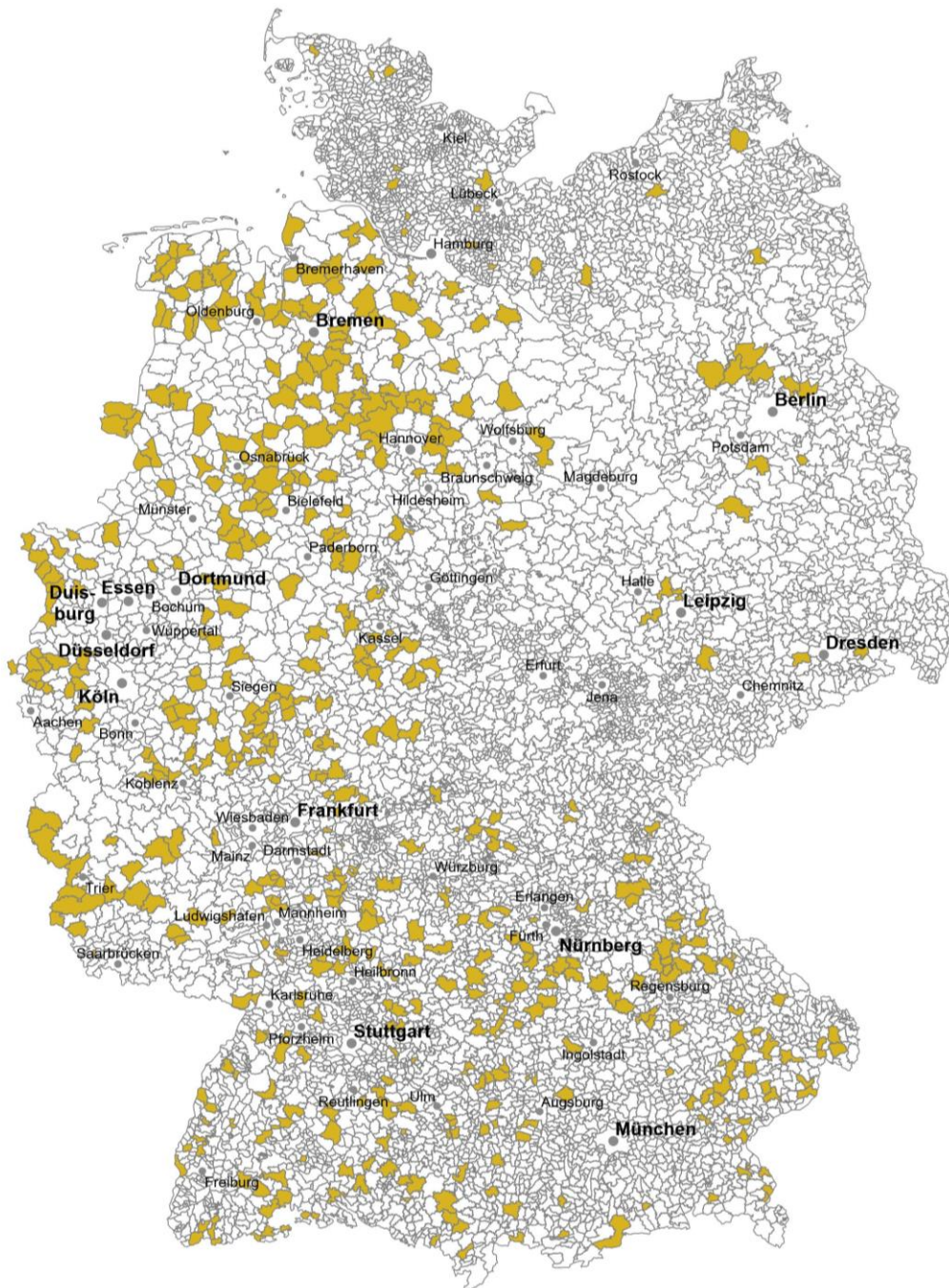
Insgesamt sind diesem Typ 513 Kommunen zugeordnet

- ⇒ Eher mittelgroße Gemeinden
- ⇒ Moderates Wachstum durch Zuwanderung
- ⇒ Durchschnittliche Kaufkraft und geringe Armutslagen
- ⇒ Eher Wohnstandorte und durchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung

1 Räumliche Einordnung

Der Typ 4 umfasst 513 Städte und Gemeinden, in denen etwa 7,8 Millionen Menschen leben. In der Mehrzahl handelt es sich um etwas größere Gemeinden, gut die Hälfte hat zwischen 10.000 bis 25.000 Einwohner:innen und es gehört mit Memmingen (Bayern) eine kreisfreie Stadt zu diesem Typ. Im Vergleich aller Typen stellt Typ 4 die größte Gemeindegruppe dar in Bezug auf die Anzahl der zugeordneten Gemeinden.

Abbildung 1: Lage der Kommunen des Typs 4

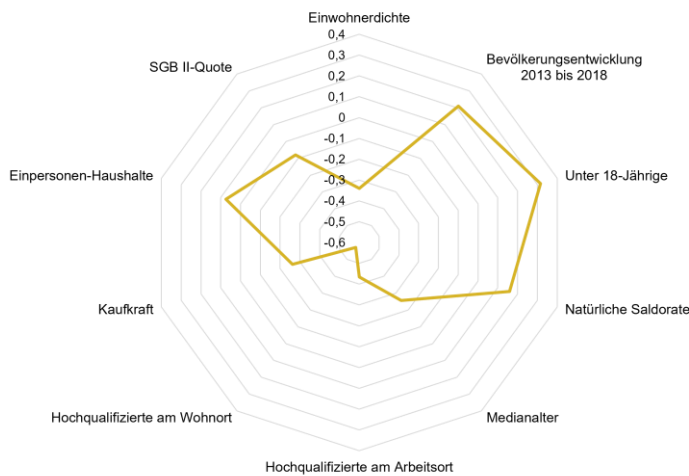


■ Demografietyp 4

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

2 Charakteristika

Abbildung 2: Profil des Demografietyps 4



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typs 4

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Typ 4 weist nur auf den ersten Blick auf das Faktorprofil Ähnlichkeiten mit Typ 3 „Kleine und mittlere Gemeinden mit moderater Alterung und Schrumpfung“, da die drei Faktoren eher Werte nahe dem Durchschnitt aller Gemeinden erreichen. Die Tendenzen der Faktoren „Demografie“ und „Sozioökonomie“ sind aber in die entgegengesetzte Richtung orientiert, d. h. es lassen sich eher stabile demografische Kennwerte (0,39), aber leicht unterdurchschnittliche Werte hinsichtlich der sozioökonomischen Situation (-0,22) beobachten.

Der Faktor „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ ist mit -0,60 der zweitniedrigste Wert aller elf Gemeindetypen, was für eine geringe Einwohnerdichte und eine eher geringere Bedeutung als Wirtschaftsstandort steht. Konkret kommt dies auch durch die niedrigen Anteile der hoch qualifizierten Beschäftigten bezogen auf den Arbeitsplatz (7,6 Prozent) und den Wohnort (8,9 Prozent) in den Gemeinden zum Ausdruck.

In der übergreifenden Betrachtung lässt Typ 4 keine herausragenden Abweichungen sowohl hinsichtlich der drei Faktoren als auch hinsichtlich der Ausprägung der Ausgangsindikatoren erkennen, d. h. es handelt sich um demografisch stabile Gemeinden kleinerer und mittlerer Größe mit durchschnittlichen sozioökonomischen Belastungen.

Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 4

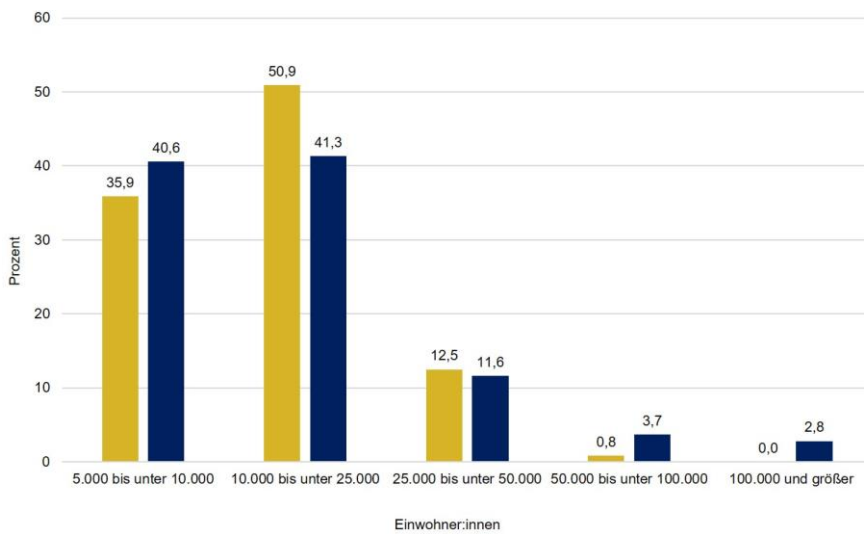
	Mittelwert des Typs 4	Median des Typs 4	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Faktor 1: Demografie	0,39	0,38	0,38	-0,52	1,42	0,00	
Faktor 2: Urbanität/Wirtschaftsstandort	-0,60	-0,59	0,39	-1,81	0,14	0,00	
Faktor 3: Sozioökonomie	-0,22	-0,18	0,38	-1,36	0,60	0,00	
Ausgangsindikatoren							
Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	2,66	2,65	2,21	-2,86	17,02	1,98	2,08
Natürliche Saldorate* (je 1.000 Einwohner)	-2,5	-2,3	1,7	-9,2	1,8	-3,1	-2,7
Anteil unter 18-Jährige (%)	17,0	17,0	0,8	14,7	20,3	16,5	16,6
Medianalter	46,8	46,9	1,4	43,2	52,0	47,7	47,6
Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	2,4	1,9	1,8	0,3	12,2	3,9	2,2
Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	7,6	7,3	2,5	2,4	16,2	10,0	8,7
Hochqualifizierte am Wohnort (%)	8,9	8,8	2,1	3,3	15,5	12,1	10,5
Einpersonen-Haushalte (%)	36,1	36,1	4,0	22,5	48,8	35,6	35,7
Kaufkraft (Euro je Haushalt)	50.011	50.263	3.329	37.075	59.938	51.908	51.747
SGB II-Quote (%)	5,7	5,6	2,4	1,0	13,2	6,0	4,9

■ Kommunen des Typs 4

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Abbildung 3: Größenstruktur der Kommunen im Typ 4



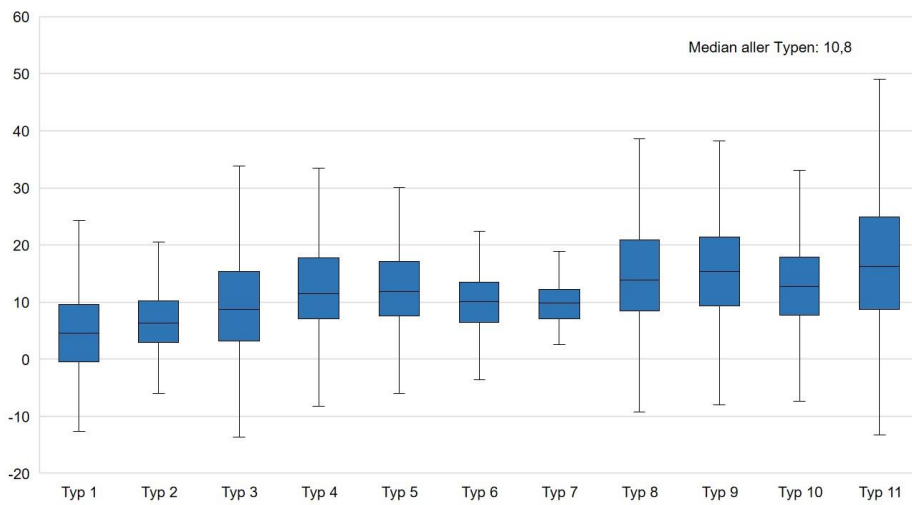
■ Kommunen des Typs 4 ■ Durchschnittswert aller Typen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weitere Kernindikatoren zur Beschreibung kommunaler Entwicklung

Ergänzend zu den sozioökonomischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre“ Hinweise auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes aufzeigen. Offenbar gab es über alle Kommunen hinweg einen ähnlichen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung; der Median im Typ 4 liegt mit 11,5 Prozent leicht über dem Median aller Typen (10,8 Prozent). Die Spreizung ist hoch und weist auf die unterschiedliche Situation von Kommunen innerhalb des Typs hin: von -16,5 Prozent im Minimum bis zu 72,3 Prozent im Maximum.

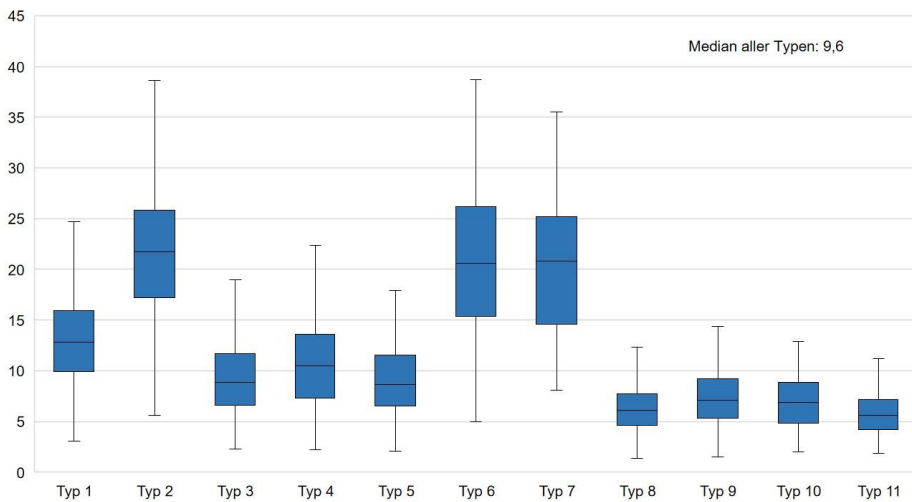
Abbildung 4: Arbeitsplatzentwicklung der Kommunen im Typ 4



■ Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weiterhin kann der Indikator „Kinderarmut“, der auf soziale Problemlagen und die Zukunftschancen der unter 15-Jährigen in einer Kommune verweist, ergänzend betrachtet werden. Mit einem Wert von 10,5 Prozent liegt dieser etwas über dem Median aller Typen (9,6 Prozent). Die deutliche Spreizung von 2,2 Prozent im Minimum bis zu 22,4 Prozent im Maximum weist darauf hin, wie unterschiedlich die Armutslagen in den Kommunen innerhalb dieses Typs verteilt sein können.

Abbildung 5: Kinderarmut der Kommunen im Typ 4



■ Kinderarmut
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen demografischer Gegebenheiten des Typs 4

	Kommunen ohne Angaben	Mittelwert des Typs 4	Median des Typs 4	Standard-abw.	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Funktion/Siedlungsstruktur								
Einwohner		15.146	12.689	9.971	5.030	73.628	24.799	11.803
Pendlersaldo an der Bevölkerung - gesamt (%)		-10,7	-13,1	22,3	-52,9	99,5	-10,1	-14,8
Arbeitsplatzzentralität		0,83	0,79	0,36	0,17	2,57	0,84	0,77
Demografische Entwicklung								
Geburten* (je 1.000 Einwohner)	1	9,0	9,0	0,8	4,5	11,7	8,7	8,7
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)		21,4	21,3	1,5	17,4	26,9	22,5	22,0
Anteil ab 80-Jährige (%)		6,4	6,4	0,7	4,7	9,1	6,7	6,6
Ausländeranteil (%)	5	10,5	10,0	4,9	0,5	38,5	9,5	8,8
Entwicklung Ausländeranteil** (%)	130	0,72	0,67	0,33	-0,14	2,24	0,62	0,59
Wanderungen								
Bildungswanderung* (je 1.000 Einwohner)	136	-9,7	-9,6	23,6	-104,2	88,3	-6,2	-10,5
Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	136	17,6	16,8	7,4	-0,8	51,6	16,0	15,4
Alterswanderung* (je 1.000 Einwohner)	139	1,0	0,7	6,6	-25,8	30,0	1,0	0,4
Wanderungssaldo* (je 1.000 Einwohner)	213	8,3	8,1	4,7	-5,5	28,3	8,1	7,7
Wirtschaftliche Situation								
Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	2	12,7	11,5	9,9	-16,5	72,3	11,6	10,8
Steuereinnahmen pro Einwohner* (Euro je Einwohner)		1.079	1.033	355	492	3.859	1.142	1.034
Arbeitslosenanteil (%)	1	5,1	4,9	1,7	1,8	11,0	5,3	4,6
Sozioökonomische Situation								
Kinderarmut (%)	31	10,7	10,5	4,4	2,2	22,4	11,3	9,6
Beschäftigungsquote (%)	1	61,0	61,8	5,3	21,1	71,9	61,6	62,0
Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige(%)		50,9	51,4	5,5	19,3	61,9	51,8	52,1
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	6	86,6	85,8	7,9	64,8	129,7	89,4	88,4

■ Kommunen des Typs 4

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

** gemittelt über die letzten 5 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

3 Herausforderungen

Die Städte und Gemeinden im Typ 4 zählen zu den stabilen ländlichen Gemeinden. Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren durchschnittlich von der Arbeitsplatzentwicklung profitiert und weisen eine leicht überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung auf. Da der Anteil der über 80-Jährigen auch eher im Durchschnitt liegt, verschafft dieser Umstand den Kommunen einen Spielraum bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Herausforderungen lassen sich jedoch bereits jetzt in Bezug auf die Sicherung von bedarfsgerechtem Wohnraum und der Lebensqualität älterer Menschen ausmachen. Weitere wichtige Aspekte sind die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke und die damit einhergehenden Herausforderungen.

Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels

Die Gestaltung des demografischen Wandels stellt die Städte und Gemeinden vor die Herausforderung, zeitnah Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demografischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur kommunalen Entwicklung zu integrieren. Schwerpunkte sollten hierbei auf der weiteren Stärkung der Zuwanderung und einer Verhinderung der Abwanderung insbesondere junger Einwohner:innen liegen. Die absehbaren Alters- und Haushaltsstrukturentwicklungen bedeuten für die Kommunen somit, sich rechtzeitig auf den absehbaren Wandel einzustellen und die verhalten überdurchschnittliche Ausgangslage für einen planvollen Umgang mit den demografischen Veränderungen zu nutzen.

Anpassung der Infrastrukturen und Sicherung der Daseinsvorsorge

Die Kommunen im Typ 4 stehen bereits seit Längerem vor der Herausforderung, das lokale Wohnungsangebot dem Bedarf nach größerer Vielfalt von Wohnungstypen anzupassen. Mit der absehbaren demografischen Entwicklung wird sich die Lage auf den lokalen Wohnungsmärkten weiter anspannen und insbesondere für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen wird es immer schwerer, eine passende Wohnung zu finden. Die Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebots verlangt somit, die Zahl der Wohnungen zu erhöhen

und das Wohnungsangebot stärker an den veränderten Haushalts- und Altersstrukturen sowie Wohntrends auszurichten.

Zwar entspricht der Anteil der über 80-Jährigen in diesen Kommunen eher dem Durchschnitt, doch die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen stellt die Städte und Gemeinden bereits jetzt vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Sie sollten ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demografischen Entwicklung ausrichten und sich dabei vorrangig auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Der verhältnismäßig hohe Anteil der unter 18-Jährigen stellt für Kommunen eine langfristige Perspektive in Bezug auf die Bindung von Einwohner:innen und die zukünftige Stabilisierung von Steuereinnahmen dar. Um im Wettbewerb um junge Bewohner:innen und Arbeitskräfte mithalten zu können, muss nicht nur die Wohn- und Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechen, auch steigt für die Standorte die Bedeutung von Bereichen wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie die Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens.

Integration von Migrant:innen und Geflüchteten

Die Städte und Gemeinden verzeichnen im Schnitt ein leicht überdurchschnittliches Wachstum durch Zuwanderung. Dennoch ist die Organisation von Wohnraum für Migrant:innen die für die Politik und Verwaltung der Kommunen eine wichtige Aufgabe. Zuwanderung sollte als Chance und eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt und Innovationskraft verstanden werden. Sollten Kommunen zukünftig eine verstärkte Zuwanderung verzeichnen, verlangt dies eine zeitnahe Integration der Migrant:innen und Geflüchteten und kurzfristige Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern. Zugleich werden die Kommunen für politische Akzeptanz werben müssen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Neben die Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort tritt die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke. Städte und Gemeinden im Typ 4 sind vorrangig Wohnorte, nicht Arbeitsorte. Die Kommunen stellen den zweitgeringsten Anteil an hoch qualifizierten Arbeitskräften am Wohn- und Arbeitsort. Ihr weiterer wirtschaftlicher Erfolg hängt davon ab, ob auch zukünftig ausreichend qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen und Einwohner:innen die Kommunen als Wohn- und Arbeitsort verstehen. Die Gemeinden müssen ihr Profil schärfen, ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre sogenannten „weichen“ und „harten Standortqualitäten“ an die steigenden Anforderungen anpassen. Das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial sollte auch im Hinblick auf die Steigerung der Attraktivität für Hochqualifizierte genutzt werden, um langfristige Abwanderung zu verhindern.

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten für die Städte und Gemeinden vielfältige Ansatzpunkte zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem gerade in der lokalen und regionalen Wirtschaft neue Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Kommune vorantreiben.

Ausbau interkommunaler und regionaler Kooperation

Für die Kommunen ist die überlokale Abstimmung in zentralen Handlungsfeldern, wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr, eine wichtige Voraussetzung für die Ortsentwicklung. Da viele der Kommunen in ländlichen Gebieten liegen, gilt es durch Kooperationen insbesondere die Berufsausbildung und Berufstätigkeit für die Einwohner:innen zu unterstützen. Bei der Bearbeitung von Herausforderungen werden regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen vor Ort, auch mit privaten Akteur:innen, eine

wichtigere Rolle spielen müssen. Die Städte und Gemeinden sind deshalb aufgerufen, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen auszubauen und zu verstärken.

Die Alterungsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten in den Kommunen zu erwarten sind, stellen auch ein Potenzial für die Bürgergesellschaft dar. Vielfach sind es gerade die „jungen Alten“, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen und damit einen wichtigen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Sie benötigen dafür aber einerseits Unterstützungsstrukturen und andererseits gewisse Entscheidungsfreiheiten. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den engagierten Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

4 Potenziale und Handlungsansätze

Die Städte und Gemeinden im Typ 4 zeigen verschiedene Merkmale und Aspekte, die Anknüpfungspunkte für eine zukunftsfähige Entwicklung bieten:

- Die Kommunen verfügen über umfangreiche natürliche Potenziale, die für die Versorgung der Region mit umweltverträglicher Energie und landwirtschaftlichen Produkten immer mehr an Bedeutung gewinnen und vielfältige Ansatzpunkte für den Ausbau regionaler Wirtschaftsleistungen bieten.
- In ländlichen Räumen und kleineren Kommunen sind Bodenständigkeit und soziale Verbundenheit i. d. R. stark ausgeprägt, und damit auch die Bereitschaft der Einwohner:innen, sich für die Zukunftsgestaltung ihres Heimatortes zu engagieren.
- Die regionalen Zentren und die Hauptorte der Kommunen können davon ausgehen, dass sich durch wirtschaftliche Zentralisierungstendenzen Wachstumsimpulse auf sie konzentrieren und Umfang und Qualität ihres Versorgungsangebots verbessern.
- Ihre häufig gute Freiraum- und Umweltqualität macht die Städte und Gemeinden als Wohnorte attraktiv. In einigen Kommunen sind die Attraktivität der Landschaft und regionale Traditionen Potenziale für Tourismus oder Altersruhesitze.
- Sie verfügen über soziales und kulturelles Kapital – die Bewohner:innen haben enge gesellschaftliche und nachbarschaftliche Netze und Strukturen und sind mit dem Ort und der Landschaft verbunden. Infolgedessen ist ihre Bereitschaft groß, sich für die zukünftige Entwicklung und Gestaltung ihres Heimatortes zu engagieren.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Die Kommunen des Typs 4 verfügen über eine recht hohe Standortqualität und wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, doch auch sie müssen auf das vergleichsweise starke Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Alterung mit weitsichtigen Gestaltungskonzepten reagieren. Handlungsdruck entsteht insbesondere durch die wachsende regionale und interkommunale Konkurrenz um qualitativ hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche und die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen. Städte und Gemeinden sollten in der Verwaltung ressortübergreifende Strukturen schaffen und proaktiv in den Handlungsfeldern Wohnraumversorgung, Siedlungsentwicklung, Familien- und Seniorenpolitik, Mobilität, Umwelt und Wirtschaft aktiv werden.

Nicht alle Kommunen verfügen über die Ressourcen oder das erforderliche Know-how, ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Die kleineren Städte und Gemeinden sollten sich deshalb der Unterstützung der Landkreise oder externer Institutionen bedienen oder sich ggf. mit Nachbarkommunen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, zusammentun. Alle Kommunen sollten prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

Eine wichtige Voraussetzung für effiziente Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Hilfreich für die kontinuierliche Beobachtung der demografischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Beobachtungs- und Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert, sodass die Hürden auch für kleinere Gemeinden niedriger geworden sind. So veröffentlichen fast alle Bundesländer regelmäßig regionalisierte Bevölkerungsanalysen und Vorausberechnungen, die Bertelsmann Stiftung stellt im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner:innen zur Verfügung.

Im Rahmen der Siedlungspolitik sollten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung ausrichten. Ein kommunales Siedlungsflächenkonzept sollte auf den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Demografiefestigkeit basieren, die Bevölkerung frühzeitig in die Konzeption eingebunden werden. Neubaumaßnahmen sollten so weit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand gelenkt und Potenziale für die Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung und Aufstockung wahrgenommen werden.

Die Städte und Gemeinden sind attraktive und häufig von Familien geprägte Wohnstandorte. Um dieses Profil zu erhalten und als Zuzugsort weiterhin attraktiv zu bleiben, müssen sie berücksichtigen, dass sich die Einwohner- und Haushaltsstrukturen und damit auch Vorstellungen von Wohnqualität wandeln. Ein wichtiger Faktor ist hierbei auch zukünftig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wozu etwa die verstärkte Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder, Angebote der Kinderbetreuung sowie Unterstützung bei der Pflege älterer Angehöriger zählen. Bildung und Kultur gewinnen im Kontext der zukunftsorientierten Stadtentwicklung ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Beide gehören zu den sogenannten „weichen Standortfaktoren“, die häufig ausschlaggebend sind für die Wohnstandortwahl von Familien und jungen Menschen und für Standortentscheidungen von Unternehmen. Zu den Herausforderungen für die Kommunen im Typ 4 zählen mittel- bis langfristig auch eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, die eine selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter unterstützt und durch Formen von Integration, Kommunikation und Unterstützung fördert.

Die Ortskerne und Stadtzentren sind von zentraler Bedeutung für die Identifikation der Bürger:innen mit ihrem Wohnort und gleichzeitig das „Aushängeschild“ für Besucher:innen und potenzielle Zuwander:innen. Vielerorts aber haben sich Wachstumskräfte auf Randbereiche gerichtet und in den Kernbereichen damit zu einem Verlust von Funktionen geführt. Die Städte und Gemeinden müssen einer solchen Entwicklung entgegenwirken und die Stärkung ihres Zentrums als wichtige Zukunftsaufgabe verstehen.

Die Gewährleistung von Mobilität gehört zu den wichtigen kommunalen Aufgaben. Dabei geht es sowohl um die Anbindung an die Kernstädte bzw. die Mobilität innerhalb des Ballungsraums als auch um die Mikroverkehre innerhalb der Kommunen. Die Städte und Gemeinden sollten davon ausgehen, dass Berufs- und Ausbildungs-pendlerverkehre ebenso wie Freizeitverkehre weiter zunehmen werden. Sie müssen andererseits davon ausgehen, dass mit der gesellschaftlichen Alterung die Zahl der nicht motorisierten Einwohner:innen zunimmt und unter den Jüngeren Mobilitätsformen jenseits des privaten PKW an Attraktivität gewinnen.

Schon derzeit kommt dem öffentlichen Personenverkehr eine große Bedeutung bei der Bewertung von Standortattraktivität zu. Zur Verbesserung der innerörtlichen Situation sollten die Kommunen überprüfen, welche Anpassungs- und Aufwertungsmaßnahmen für eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erforderlich sind, und dabei jeweils auf die Bedarfe spezieller Nutzergruppen, wie Kinder und Jugendliche, hochbetagte Menschen und Berufstätige, achten. Hierzu zählen eine schlüssige Netzplanung für den Radverkehr, für Service- und Ladestationen für Elektrofahrräder und -autos sowie die Vernetzung verschiedener Mobilitätsformen.

Migration und Integration

Geflüchtete und andere internationale Zuwander:innen verlangen von den Städten und Gemeinden weitsichtige Strategien und kurzfristig koordinierte Maßnahmen, um den zugewanderten Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu eröffnen und ihnen ein schnelles Einleben zu erleichtern. Die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten werden vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement begleitet. In der Bevölkerung sollte um stärkere Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen und Migrant:innen geworben und in der Kommune ein Geflüchtetenmanagement mit Informations- und Beratungskompetenzen eingerichtet werden.

Bei der Wohnraumversorgung sollten Übergangslösungen, räumliche Konzentration und Ausgrenzung von Zuwander:innen vermieden und Wohnraum stattdessen in bestehende Wohngebiete gelegt werden. Die möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe der Zuwander:innen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Sprachkurse für Erwachsene und ein umfangreiches Sprachkursangebot sowie Mentoren-Leseprogramme als auch Patenschaften für Kinder fördern die frühzeitige gesellschaftliche und berufliche Integration.

Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteur:innen, durch direkten und informellen Austausch unter den Beteiligten über Erfahrungen und Erfolge mit Projekten und Maßnahmen können Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Die Kommunen sollten solche Möglichkeiten nutzen und zum einen an bereits tätigen regionalen Netzwerken teilnehmen (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund), zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren.

Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Die Städte und Gemeinden im Typ 4 stehen langfristig vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Erhaltung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind wichtige Voraussetzungen, um langfristig ein Steueraufkommen vorzuhalten, mit dem sich die kommunale Daseinsvorsorge umsetzen lässt. Um gut ausgebildete Fachkräfte und den vorhandenen Anteil an hoch qualifizierten Arbeitskräften an die Standorte zu binden, müssen langfristig mehr und ein nachhaltiges Spektrum an Beschäftigungsangeboten geschaffen werden. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass das absehbare altersbedingte Abschmelzen des Erwerbspersonenpotenzials zukünftig zu einem sinkenden Haushaltseinkommen beitragen und damit zu Engpässen bei der Ausgestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge führen kann.

Die Sicherung und der Ausbau der wirtschaftlichen Basis sind somit eine wichtige Zukunftsaufgabe insbesondere im Hinblick auf die Bindung jüngerer Arbeitnehmer:innen. Die Städte und Gemeinden müssen ihren Gewerbebestand durch eine aktive Wirtschaftsförderung pflegen und die Innovationskräfte in der Wirtschaft stärken, um den Strukturwandel voranzutreiben und die Entwicklung neuer, zukunftsfähiger wirtschaftlicher Aktivitäten zu unterstützen.

Einen zukünftig noch stärker wachsenden Anteil an dem Erfolg wirtschaftlicher Standorte hat neben der nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien der Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit digitale Technologien in diesen Kommunen genutzt und entwickelt werden können. Digitale Anwendungen und auf ihnen aufbauende Technologien eröffnen neue Perspektiven für die dezentrale Fertigung und ermöglichen hierdurch neue Wachstumspotenziale, insbesondere in den ländlichen Räumen.

Mit den zunehmenden Standortflexibilitäten eröffnen sich für die Städte und Gemeinden des Typs 4 zusätzliche Entwicklungschancen. Sie sollten den Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien vorantreiben. Der Ausbaustandard der notwendigen technischen Infrastrukturen – Breitband und mobiles Internet – ist in ländlichen Bereichen weiterhin ausbaufähig. An Standorten und in Regionen, in denen eine solche leistungsfähige IT-Infrastruktur fehlt, müssen die Kommunen selbst Wege finden, sie zu schaffen.

Durch das Internet ist das Spektrum der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, die „footloose“ geworden, also nicht ortsgebunden sind, stark angestiegen. Viele hoch qualifizierte Tätigkeiten lassen sich vom Wohnstandort aus durchführen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach lässt sich zunehmend auch in den Umlandgemeinden verwirklichen.

Die Kommunen sollten dieses Potenzial nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von Co-Working Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde Arbeitskräften das tägliche Pendeln in die Kernstadt oder an einen anderen Ort im Wirtschaftsraum ersparen und damit den Wohnstandort attraktiver machen.

Interkommunale und regionale Kooperation

Regionale und interkommunale Kooperationen haben eine wichtige Bedeutung für die Städte und Gemeinden dieses Typs. Ihre Zukunftsperspektive hängt in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region ab und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich häufig nicht nur lokal isoliert umsetzen. Vielmehr braucht es kooperative Strategien, die das regionale Umfeld einbeziehen, um die Ressourcen effizient einsetzen zu können. Damit sind die Kommunen gefordert, mit Akteur:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzuarbeiten und mit anderen Gebietskörperschaften zu kooperieren.

Insbesondere in den ländlichen Räumen verlangt die Sicherung der Daseinsvorsorge neue Kooperationsformen, denn viele der erforderlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen sind nur im Verbund möglich. Da sich zudem viele Infrastrukturangebote nur in den Zentren erhalten und finanzieren lassen, kommt den Kreisstädten und anderen Mittelstädten häufig die Rolle des Stabilisators zu. In dieser Funktion sollten sie eng mit den kleineren Gemeinden zusammenarbeiten, vertrauensvolle Kommunikationsstrukturen etablieren und gemeinsame Planungen erarbeiten.

Landkreise müssen umfassende Aufgaben der Informationsvermittlung und Beratung leisten und als Koordinatoren wichtige Dienstleistungsaufgaben und Bündelungsfunktionen für die Planung und Umsetzung gemeinschaftlicher Projekte übernehmen. Für ihre Zusammenarbeit sollten die Kommunen Fördermittel, die auf interkommunale und regionale Strategien ausgerichtet sind, als auch Strukturanpassungsprogramme einbeziehen.

5 Indikatorenerläuterung

Alterswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der über 65-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$(\text{Zuzüge 65-Jährige und älter} - \text{Fortzüge 65-Jährige und älter}) / \text{Bevölkerung 65-Jährige und älter} * 1.000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Anteil unter 18-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %.
Berechnung	$\text{Bevölkerung unter 18 Jahren} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand.
Berechnung	$\text{Bevölkerung 65 bis 79 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil ab 80-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse der Hochbetagten.
Berechnung	$\text{Bevölkerung ab 80 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	
Erklärung	x % der Erwerbspersonen sind arbeitslos. Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Erwerbspersonen in diesem Zusammenhang: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort + Arbeitslose
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	
Erklärung	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert. Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin.
Berechnung	$(\text{SvB am Arbeitsort} - \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren}) / \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren} * 100$ (Stichtag: 30.6.)

Arbeitsplatzzentralität	
Erklärung	Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort denn als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Dies bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) dort arbeiten als wohnen. Umgekehrt bedeutet ein Wert < 1, dass mehr SvB dort wohnen als arbeiten.
Berechnung	$\text{SvB am Arbeitsort} / \text{SvB am Wohnort}$ (Stichtag: 30.6.)

Ausländeranteil (%)	
Erklärung	x % der Einwohner sind ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl ausländischer Einwohner / Anzahl Einwohner insgesamt * 100

Beschäftigungsquote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldet.
Berechnung	(SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre) / (Bevölkerung 15 bis 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der am Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldeten Personen im Alter von 55 Jahren und mehr an der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %.
Berechnung	SvB am Wohnort 55 bis 64 Jahre / Bevölkerung 55 bis 64 Jahre * 100. (Stichtag für SvB: 30.6.)

Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	
Erklärung	Die Bevölkerungszahl hat über die vergangenen 5 Jahre um x % zugenommen/abgenommen.
Berechnung	(Bevölkerungsstand zum 31.12.[2018] – Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013]) / Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013] * 100

Bildungswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). Zu beachten ist, dass in der jüngsten Vergangenheit durch die Zuwanderung von Geflüchteten die bisher wirksamen Dynamiken überlagert werden. Die Geflüchteten ergänzen also die Kohorte der zum Bildungserwerb wandernden Personen.
Berechnung	(Zuzüge 18- bis 24-Jährige – Fortzüge 18- bis 24-Jährige) / Bevölkerung 18- bis 24-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Einpersonen-Haushalte (%)	
Erklärung	x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonen-Haushalte.
Berechnung	Einpersonen-Haushalte / Anzahl Haushalte * 100

Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	
Erklärung	Pro Fläche in Hektar gibt es x Einwohner.
Berechnung	Gesamtbevölkerung / Fläche in ha

Entwicklung Ausländeranteil (%)	
Erklärung	Der Ausländeranteil hat sich, gemittelt über die letzten 5 Jahre, um x % entwickelt.
Berechnung	(Ausländeranteil zum 31.12.[2018] – Ausländeranteil zum 31.12.[2013]) / Ausländeranteil zum 31.12.[2013] * 100

Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	(Zuzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige – Fortzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige) / Bevölkerung 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Geburten (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner geboren. Die natürlichen Bevölkerungsveränderungen sind in fast allen Kommunen niedriger als die Wanderungen.
Berechnung	Lebendgeburten / Bevölkerung * 1.000 (Bezugsjahre: Lebendgeburten und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Hochqualifizierte am Wohnort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) Einwohner der Kommune haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Kaufkraft (Euro je Haushalt)	
Erklärung	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts beträgt x Euro. Die allgemeine Kaufkraft umfasst die Summe aller Nettoeinkünfte (Arbeitslohn, Rente, Sozialleistungen, Kindergeld). Der Indikator weist auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft hin.
Berechnung	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte

Kinderarmut (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsbezieher (LB) unter 15 Jahren + nicht Leistungsberechtigter (NLB) unter 15 Jahren (Stichtag: im Dezember) / Anzahl Einwohner unter 15 Jahren * 100

Medianalter (Jahre)	
Erklärung	Das Medianalter ist das Lebensalter, das eine Population statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt: 50 % der Bevölkerung sind jünger und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung.
Berechnung	Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter

Natürliche Saldorate (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z wurden x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr geboren, als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt (%)	
Erklärung	Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung beträgt x Personen. Pendlersaldo = Einpendler – Auspendler. Ein positiver Pendlersaldo bedeutet, es pendeln mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in die Kommune ein als aus. Pendeln dagegen mehr SvB aus der Kommune aus als ein, dann handelt es sich um einen negativen Pendlersaldo.
Berechnung	$(\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15 bis 64 Jahre} * 100$

SGB II-Quote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld).
Berechnung	$\text{Anzahl Leistungsberechtigter (LB) nach SGB II (Stichtag: im Dezember)} / \text{Anzahl Einwohner unter 65 Jahren} * 100$

Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro je Einwohner)	
Erklärung	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.
Berechnung	$\text{Steuereinnahmen} / \text{Gesamtbevölkerung}$ (Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer. Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.)

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	
Erklärung	Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x % der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB), liegt der Wert bei über 100 %. Bei einem Wert von unter 100 % sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.
Berechnung	$\text{SvB Frauen am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Frauen 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB Männer am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Männer 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Wanderungssaldo (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge} / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Project Manager | Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0. International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind das Logo der Bertelsmann Stiftung sowie das Titelbild.

Titelbild: Max Böttinger / Unsplash – [Unsplash License](#)

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2020). Demografietypisierung 2020 – Typ 4: Stabile Städte und Gemeinden in ländlichen Regionen. Gütersloh.

Datum der Veröffentlichung: 30. November 2020

www.bertelsmann-stiftung.de